

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1928**

13.9.1928 (No. 214)

# Karlsruher Zeitung

## Badischer Staatsanzeiger

Expedition:  
Karls-Friedrich-  
Straße Nr. 14  
Fernsprecher:  
Nr. 953  
und 954  
Postfachkonto  
Karlsruhe  
Nr. 3515

Verantwortlich  
für den  
redaktionellen  
Teil  
und den  
Staatsanzeiger:  
Chefredakteur  
E. A. M. E. N.  
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3,25 RM. einschl. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pf. — Samstags 15 Pf. — Anzeigengebühr 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifrecher Rabatt, der als Kassentabell gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karls-Friedrich-Straße 14, zu senden u. werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Abgabe von Anzeigen, die in den Anzeigenverträgen nicht enthalten sind, ist der Anzeigenerklärer verpflichtet, die Kosten der Anzeigenerklärung zu übernehmen. Anzeigen, die in den Anzeigenverträgen nicht enthalten sind, sind nicht zurückzugeben. Die Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wochenschriften, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtages, Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wochenschriften, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtages.

### Die zweite Räumungsbesprechung

W. Genf, 13. Sept. (Tel.) Die zweite Besprechung zur Klärung der Frage der Rheinlandräumung hat heute vormittag wiederum am Sitz der englischen Delegation begonnen. Deutschland ist wiederum durch Reichskanzler Müller und Staatssekretär v. Schubert vertreten, die kurz nach Briand, der als erster im Hotel Beau Rivage eingetroffen war, ankamen.

Briand begibt sich heute mittag 1 Uhr zur Teilnahme an einem für Freitag festgesetzten Ministerrat nach Paris, von wo er voraussichtlich am Sonntag nach Genf zurückreisen wird.

#### Die Aussprache über die Abrüstungsfrage

Im Abrüstungsausschuss der Völkerbundsversammlung wurde Mittwoch nachmittag die allgemeine Aussprache über das Abrüstungsproblem fortgesetzt.

Graf Bernstorff unterrichtete das große Interesse Deutschlands an der Frage, ob dem vorbereitenden Abrüstungsausschuss und dem Sonderausschuss zur Ausarbeitung einer Konvention über die Kontrolle der Rüstungsindustrie nunmehr verbindende und entscheidende Anweisungen gegeben werden. Seit seinem Eintritt in den Völkerbund verfolge Deutschland in der Abrüstungsfrage das gleiche Programm. Deutschland habe niemals unerfüllbare Forderungen gestellt, sondern sich stets mit einer schrittweisen Lösung einverstanden erklärt. Die erste Gruppe müsse in einer fühlbaren Herabsetzung der Rüstungen aller Waffenkategorien und in der Offenlegung des gesamten Rüstungsstandes der einzelnen Länder bestehen. Graf Bernstorff gab schließlich der Hoffnung Ausdruck, daß nunmehr in bezug auf die Beschleunigung der technischen Arbeiten zur Vorbereitung der ersten internationalen Abrüstungskonferenz Klarheit geschaffen werde.

Im weiteren Verlauf gaben Genfisch und Politis Erklärungen über den Zusammenhang zwischen dem vom Sicherheitsratemite vorgeschlagenen regionalen Sicherheitspakt und der Bewirkung der Abrüstung ab.

Staatssekretär a. D. von Simon wiederholte in einer grundsätzlichen Erklärung den deutschen Standpunkt, wonach der durch den Völkerbundpakt gegebene Grad der Sicherheit für die Herabsetzung der Rüstungen ausreichend ist.

Während sich Paul Boncour für eine möglichst baldige Einberufung der nächsten Tagung des vorbereitenden Abrüstungsausschusses aussprach, warnte Lord Cuthbert hierüber, da eine vorzeitige Einberufung nur neue Enttäuschungen bringen werde. Zum englisch-französischen Flottenkompromiß erklärte Cuthbert, daß dieses Abkommen dem vorbereitenden Abrüstungsausschuss unterbreitet werde.

Nachdem auch der italienische und der japanische Delegierte vorübergehende Maßnahmen zur Vorbereitung der Abrüstungskonferenz gewarnt hatten, wurde die allgemeine Aussprache geschlossen.

#### Der Schritt der Deutschnationalen

Der von den Deutschnationalen im Zusammenhang mit der Genfer Rede Briands angekündigte Schritt bei den amtlichen Stellen ist dem „A. T.“ zufolge Mittwoch mittag erfolgt. Graf Westarp und Abg. Lindemann-Wilbau sind bei dem stellvertretenden Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Ministerialdirektor Köpfe, erschienen und haben ihm die Stellungnahme ihrer Partei zur Rede Briands dargelegt.

Der Vorsitzende der deutschnationalen Fraktion hat an den Vorsitzenden des Auswärtigen Ausschusses, Herrn Scheide mann, das Ersuchen zur Einberufung des Auswärtigen Ausschusses auf den Beginn nächster Woche gerichtet.

### Vertreter des Saargebietes beim Reichskanzler

Reichskanzler Müller empfing am Mittwoch in Genf eine Abordnung von Vertretern verschiedener politischer Parteien des Saargebietes. In der Wardsfrage konnte der Reichskanzler gegenüber den im Saargebiet umlaufenden Gerüchten über die Bereitwilligkeit der Reichsregierung, das Wardgebiet gegen bestimmte Kompensationen abzutreten, mit aller Entschiedenheit feststellen, daß die Reichsregierung selbstverständlich nie daran gedacht habe, jemals derartige Pläne in Erwägung zu ziehen. Die übrigen Fragen, die den Gegenstand einer Aussprache bilden, liegen auf wirtschaftlichem und sozialpolitischem Gebiet.

Die Schiedungen in der Pfalz. In der Angelegenheit der Schiedungen mit Besatzungsquartieren — es handelt sich dabei um Spiritoosen — wurde nach den Meldungen aus Landau weiter die Deut des bereits verhafteten französischen Unteroffiziers, die keinen bestimmten Wohnsitz hat, festgenommen. Der verhaftete Angestellte der Landauer Genossenschaft ist ein Metzger Marius Mollert. Insgesamt sollen sich nunmehr 12 Personen in Haft befinden. Der in der gleichen Angelegenheit verhaftete Jochim aus Zellheim wurde gegen Sicherheitsleistung aus der Haft entlassen.

Die Aussperrung in München-Gladbach. Der „Vorwärts“ meldet, daß die vom Arbeitgeberverband in der Textilindustrie in München-Gladbach, Rheidit und Umgebung am Sonntag beschlossene Kündigung der Belegschaften, von der etwa 40 000 Arbeiter und Arbeiterinnen betroffen werden, bereits in einer Reihe von Betrieben durchgeführt ist. Die letzten Vorschläge der Unternehmer gehen dahin, die bisherigen Tarife unverändert bis Ende 1929 zu verlängern. Die Gewerkschaften haben demgegenüber eine allgemeine Lohnerhöhung von 15 Prozent verlangt und daneben noch eine Reihe von Sonderforderungen erhoben.

Präsident Coolidge und seine Gattin sind nach dreimonatigem Sommeraufenthalt in Wisconsin nach Washington zurückgekehrt.

### Letzte Nachrichten

#### Freispruch in dem Warner Steuerfreizeitprozess

W. B. Waren (Wettlenburg), 13. Sept. (Tel.) In dem Prozess gegen den Fideikommissbesitzer Baron Le Fort (Wöl), den Rittergutsbesitzer v. Gundlach (Mollenstorf) und den Geschäftsführer des Kreislandbundes Waren, Ottenberg, wegen angeblicher Aufreizung zur Nichtzahlung der Steuern, deren sich die beiden Erben in einem Mundschreiben an die Landwirte schuldig gemacht haben sollen, erkannte das erweiterte Schöffengericht auf Freisprechung.

#### Neue Verhaftung in der Stinnes-Affäre

pr. Berlin, 13. Sept. (Priv.-Tel.) In der Betrugsaffäre Hugo Stinnes ist im Laufe des heutigen Vormittags eine neue Verhaftung erfolgt. Auf Anordnung des Untersuchungsrichters ist der „A. T.“ zufolge ein aus Österreich gebürtiger Kaufmann, der seit langer Zeit in Berlin ansässig ist, in seiner Wohnung in der Landensstraße verhaftet worden. Es handelt sich, wie das Blatt erfährt, um einen Geschäftsfreund von Hugo Stinnes, der sich an dem Betrugsversuch mit der Anmeldeung von Altbeständen von Kriegsanleihen beteiligt hat.

#### Austragung russischer Emigranten aus Polen

W. B. Warschau, 13. Sept. (Tel.) Auf Anordnung des polnischen Innenministers wurden 15 russische Emigranten aus Polen ausgewiesen und zwar 5 aus Wilna und 10 aus Warschau. Der größte Teil der Ausgewiesenen wurde, wie „Gepresch Boranub“ meldet, zwangsweise zur Danziger Grenze abgeschoben, da Danzig bekanntlich die Zureise ohne Visumzwang erlaubt.

#### Das Komplott in Spanien vereitelt

W. B. Madrid, 13. Sept. (Tel.) Die für die letzte Nacht vorbereitete Durchführung des Komplottes ist dank der polizeilichen Maßnahmen gescheitert. Es wurden mehrere Verhaftungen vorgenommen. Eine weitgehende Untersuchung ist eingeleitet.

Ein den Zeitungen zugegangenes Kommuniqué besagt: Für heute Nacht war ein von verschiedenen Elementen und Personen angezetteltes Komplott geplant, das dank dem Eifer des Leiters und des Personal der Sicherheitspolizei zur Stunde als gescheitert angesehen werden kann. Die notwendigen Untersuchungen sind vorgenommen und eine eingehende Untersuchung eingeleitet worden, um das von den Beschuldigten verfolgte Ziel, die ihnen zur Verfügung stehenden Mittel und den Umfang ihrer Verantwortung genau festzustellen. Das Komplott sollte den Stolz und Ehrgeiz von Leuten befriedigen, die nicht an den Schaden dachten, den sie Spanien gerade in diesem Augenblick zufügen konnten, wo dieses in Genf einen neuen Beweis für die Achtung der Welt erhalten hat. Vielleicht war die Ursache des Komplottes der Verdruß und der Neid, die die dieser Tage stattfindenden gewaltigen Kundgebungen der Unzufriedenheit an die Regierung hervorgerufen haben. Das Land kann beruhigt sein.

W. B. Paris, 13. Sept. (Tel.) „Journal“ berichtet aus San Sebastian, daß die vier baskischen Provinzen Spaniens, Vizcaya, Alava, Navarra und Guipuzcoa, die seit langem eine autonome Verwaltung und Feuerliche Rechtslage besitzen, in großer Erregung seien, weil die spanische Regierung eine Verordnung betr. den öffentlichen Unterricht und die soziale Fürsorge verlangt habe, die dem autonomen Regime zuwiderlaufe. Daher hätten sämtliche Provinzial- und Gemeinderäte der Provinz Navarra zu demonstrieren beschlossen. Die Maßnahmen der Regierung hätten die Geister in Navarra in Wallung gebracht. Die Regierung halte, um Unruhen vorbeugen zu können, in den Provinzen Truppen zum Einschreiten bereit.

#### Das amerikanische Flottenbauprogramm

W. B. Washington, 13. Sept. (Tel.) Marineminister Gilmer erklärte, das Marineministerium werde dem Senat in der Dezembersession die Annahme des vom Repräsentantenhaus in der vergangenen Session reduzierten Flottenbauprogramms vorschlagen. Das Repräsentantenhaus hatte das vom Marineministerium vorgelegte Programm auf 15 Kreuzer zu je 10 000 Tonnen und ein Flugzeugmuttergeschiff herabgesetzt.

Unterfugungen bei der Reichsbahnverwaltung Berlin. Bei einer unvermuteten Kassenevision wurde vor kurzem bei der Stationskasse Inhalter Bahnhof in Berlin ein Fehlbetrag von rund 12 500 Reichsmark festgestellt. Der ersatzpflichtige Beamte will die festgestellten Falschbuchungen lediglich zur Deckung eines Fehlbetrages gemacht haben, den er angeblich beim Übergang von der Papier- zur Goldmarkwährung gemacht hat.

Ausbesserung der „Bremen“ in Deutschland. Das Junkerflugzeug „Bremen“ wird nun von Kanada nach Deutschland verfluggt werden, um ausgebessert zu werden. Danach wird es nach New York zurückgeschickt und im Museum ausgestellt werden.

Beabsichtigte Neubestellung im französischen Kabinett. Das „Echo de Paris“ meldet, Poincaré beabsichtige, dem früheren Minister und jetzigen Generalberichterstatter für das Budget in den Senat, Senator Henri Chéron, die Leitung des Handels- und Postministeriums, und Laurent-Eynac die Leitung des Luftministeriums zu übergeben.

Russische Spionage in Lettland. Wie aus Riga gemeldet wird, wurde eine bezweigte sowjetrussische Spionageorganisation aufgedeckt. Bis jetzt wurden fünf Personen verhaftet.

### \* Zur aussenpolitischen Lage

Der Botschaftsfall, der durch die Rede Briands am Montag hervorgerufen wurde, ist insoweit erledigt, als dem Wunsch Briands, die Politik der Verständigung fortzusetzen, nicht gezwweifelt werden kann. So haben denn auch die Besprechungen über die Räumungsfrage ihren Fortgang genommen. Briand selbst hat alles getan, was er tun konnte, um den peinlichen Eindruck seiner Rede zu verwischen.

Aber wir dürfen uns doch dadurch nicht täuschen lassen. Der schönen Worte sind ja nun jahrelang genug gewechselt worden, das deutsche Volk verlangt, Taten zu sehen. Und die Beantwortung der Frage, ob die Politik von Locarno ehrlich fortgesetzt werden kann, wird einzig und allein davon abhängen, ob sich Frankreich nun endlich zu solchen Taten aufrafft oder nicht. Was Deutschland betrifft, so wird es bis zum äußersten an der Politik von Locarno festhalten. Das ist die Ansicht der erdrückenden Mehrheit unseres Volkes; und bezeichnenderweise finden sich jetzt auch wieder in der Deutschnationalen Volkspartei Stimmen, die sehr im Gegensatz zu der Aufgeregtheit der nationalistischen Heißsporne zur Besonnenheit mahnen und rund heraus erklären, daß kein verantwortlicher Politiker in Deutschland daran denke, die Verständigungspolitik durch eine Politik der Feindschaft oder Revanche zu ersetzen.

Es ist gut, daß solches ausgesprochen worden ist, und zwar von dem einflussreichsten Blatt der Rechten, der „Deutschen Tageszeitung“, dem Organ des Landbundes. Selbstverständlich wird Deutschland auch weiterhin eine Politik der Schroffheiten, der Abenteuer und der kriegerischen Verwicklungen strikte ablehnen. Aber man sollte in der außenpolitischen Erörterung nicht übersehen, daß es außer der Verständigungspolitik und einer Politik der Feindseligkeiten auch noch eine dritte Möglichkeit gibt, die Möglichkeit der Passivität, verbunden mit dem Streben, bei aller weiteren Befundung unserer Friedensliebe diplomatisch anderwärts Anlehnung zu suchen. Wenn Frankreich fortfährt, durch sein faktisches Verhalten den Geist von Locarno zu töten, wenn erst einmal das deutsche Volk eingesehen hat, daß all unsere redlichen Bemühungen nutzlos sind, dann wird keine Parteileitung und keine Regierung in Deutschland stark genug sein, um eine Außenpolitik weiter zu pflegen, deren Vorteile ganz und gar auf der anderen Seite liegen.

Deshalb ist es begreiflich, daß man sich in Deutschland heute auch in den Kreisen der Linken die Frage vorlegt, ob die bisherige Methode unserer Außenpolitik richtig gewesen ist, ob diese Methode vielleicht nicht doch gar zu sehr auf den Prinzipien der Willkürigkeit und Duldsamkeit basierte. Denn, falls jetzt nicht noch in letzter Stunde Frankreich seinen guten Willen durch eine bedeutende Tat erweist, wird doch jeder nüchtern denkende Staatsbürger in Deutschland feststellen müssen, daß unsere bisherige Außenpolitik seit Locarno Frankreich gegenüber — von Ausnahmen abgesehen — nur wenig greifbare Erfolge erzielt hat.

So viel wir sehen können, ist bisher in der außenpolitischen Erörterung eine Tatsache nicht genügend beachtet worden, nämlich die, daß nicht etwa ein Deutschnationaler in Genf deutsch geredet hat, sondern daß es ein Sozialdemokrat war, und zwar ein sozialdemokratischer Führer, der durch seine ehrliche Friedensliebe und Verständigungsbereitschaft allenthalben bekannt ist. Wenn ausgerechnet Hermann Müller so sprechen konnte, wie er gesprochen hat, dann muß es allerdings schon recht weit gekommen sein. Bekanntlich haben aber seine Worte den Beifall aller Parteien in Deutschland gefunden. Offenbar ist Briand schon allein durch die Tatsache, daß ihm hier nun endlich einmal so etwas wie ein deutscher Wille, wie eine deutsche Entschlossenheit gegenübertrat, nervös geworden. Die Vertreter anderer Völker, die uns einigermaßen wohlgesinnt sind, stehen ja schon seit längerer Zeit auf dem Standpunkt, daß Deutschland, und zwar auch das offizielle Deutschland, seine Wünsche ruhig etwas entschiedener verfechten könnte.

Wir sind überzeugt, daß eine ernsthafte diplomatische Verwicklung mit Deutschland schon aus finanzpolitischen Gründen das Fatalste wäre, was Frankreich und seinen verantwortlichen Staatsmännern passieren könnte. Darum sollte man Deutschland nicht zur Verzweiflung treiben und nicht unentwegt des Glaubens leben, daß als Voraussetzung aller außenpolitischen Kunst in Frankreich





